

// Im Blickpunkt

Über 200 000 Unternehmen haben seit Anfang des Jahres Post vom Bundesamt für Justiz erhalten. Darin wird ihnen ein Ordnungsgeld wegen Verletzung ihrer Verpflichtung zur Offenlegung ihrer Jahresabschlüsse angedroht, das festgesetzt wird, wenn das Unternehmen nicht innerhalb von sechs Wochen seiner Offenlegungspflicht nachkommt. In dieser Ausgabe des BB thematisiert Wenzel aus Sicht der betroffenen Unternehmen und ihrer Berater die Frage nach möglichen Rechtsbehelfen und ihrer Wirkung. In einem der nächsten Hefte wird – verbunden mit vielen Praxistipps – ein Überblick über den aktuellen Stand der Ordnungsgeldverfahren, die häufigsten Einspruchsgründe sowie das weitere Vorgehen durch das Bundesamt für Justiz gegeben.

Gabriele Bourgon, Ressortleiterin Bilanzrecht und Betriebswirtschaft



// Standpunkt

von **Dr. Robert Walter**, Senior Manager, Deloitte & Touche GmbH, Frankfurt a. M.

IASB-Diskussionspapier zur Pensionsbilanzierung

Der IASB hat im Rahmen seines seit 2006 laufenden Projekts zur grundlegenden Überarbeitung von IAS 19 Leistungen an Arbeitnehmer am 27.3.2008 ein Diskussionspapier mit Änderungsvorschlägen zur Bilanzierung von Pensionsverpflichtungen veröffentlicht. Kernstücke sind die Abschaffung des 10%-Korridors zur Erfassung aktuarischer Gewinne und Verluste sowie die Bilanzierung komplexerer Pensionsformen (z.B. Cash-Balance- oder Durchschnittsgehaltspläne).

Künftig sollen Unternehmen den gesamten Finanzierungsgrad leistungsorientierter Pensionsverpflichtungen in der Bilanz ausweisen, sämtliche Änderungen wären unmittelbar GuV-wirksam oder direkt im EK zu erfassen. Dies würde die Abschlüsse der großen Zahl derzeit nach dem Korridor-Ansatz bilanzierenden deutschen Unternehmen kurzfristigen Marktschwankungen aussetzen. Zeitliche Glättungseffekte blieben unberücksichtigt.

„Beitragsorientierte“ Pläne würden durch die weitergefasste Kategorie „beitragsbasierter“ Zusagen ersetzt, die GuV-wirksam zum „Fair Value unter Annahme unveränderter Leistungen“ zu bilanzieren wären. Selbst der IASB räumt ein, dass dieser Bewertungsansatz konzeptionell unsauber ist und ein nicht unerhebliches Verzerrungspotenzial birgt. Zusagen, die ein Wahlrecht auf den höheren Betrag aus beitragsbasierter und leistungsorientierter Zusage beinhalten, wären in einen „klassischen“ leistungsorientierten Plan und eine separat GuV-wirksam zu bewertende Option aufzuspalten. Deshalb ist fraglich, ob das Ziel des IASB, im Jahresabschluss verständlichere In-

formationen über Pensionsverpflichtungen zu vermitteln, durch die Vorschläge zu erreichen ist. Es ist zwingend, dass sich die betroffenen Unternehmen zeitnah in den Standardsetzungsprozess einschalten.

➔ *Das Diskussionspapier ist unter www.iasb.org abrufbar. Die Kommentierungsfrist endet am 26.9.2008.*

Rechnungslegung

Wir werten für Sie die Homepages von BMF, BMJ, DRSC, DPR, BaFin, IASB, FASB, SEC und EU aus.

EU: Stellungnahme zum PCAOB-Vorschlag

-tb- Die EU-Kommission hat ihre neunseitige Stellungnahme publiziert, mit der sie der Aufforderung des Public Company Accounting Oversight Board (PCAOB) zur öffentlichen Diskussion eines „Proposed Guidance Regarding the Implementation of PCAOB Rule 4012“ nachkommt. Die Rule 4012 regelt die Überprüfung ausländischer registrierter Prüfungsgesellschaften durch das PCAOB.

(Quelle: ec.europa.eu)

EFRAG: Bitte um Stellungnahme zu IAS-Regelung

-tb- Die European Financial Reporting Advisory Group (EFRAG) bittet um Stellungnahmen zur Umsetzung der „Amendments to IAS 32 and IAS 1 Puttable Financial Instruments and Obligations arising on Liquidation“ im Rahmen des EU-Endorsementverfahrens, insbesondere auch zur Frage der Kosten und des Nutzens der Umsetzung dieser IAS-Regelung. Die Frist zur Stellungnahme endet am 28.4.2008.

(Quelle: www.efrag.org)

FASB: Bitte um Stellungnahme zur Komplexitätsreduktion

-tb- Der Financial Accounting Standards Board (FASB) hat um öffentliche Stellungnahmen zum Thema „Reducing Complexity in Reporting Financial Instruments, including IASB Discussion Paper ‚Reducing Complexity in Reporting Finan-

cial Instruments“ gebeten. Die Frist zur Abgabe von Stellungnahmen endet am 19.9.2008.

(Quelle: www.fasb.org)

SEC: Vorgehen zur gegenseitigen Anerkennung

-tb- Die Securities and Exchange Commission (SEC) hat in einer Pressemitteilung ihr geplantes künftiges Vorgehen zur gegenseitigen Anerkennung ausländischer Aufsichtsgremien erläutert. Ziel sei es, so der SEC-Vorsitzende Christopher Cox, die SEC-Regulierungen des US-amerikanischen Kapitalmarktes besser mit den Vorschriften anderer Kapitalmarktaufsichts- und -regulierungsbehörden zu koordinieren.

(Quelle: www.sec.gov)

DSR: 14. Öffentliche Sitzung

Am 5.5.2007, 13 Uhr, sind alle interessierten Personen zur 14. Öffentlichen Sitzung des Deutschen Standardisierungsrats (DSR) in die Geschäftsstelle des DRSC e.V., Zimmerstr. 30, 10969 Berlin, eingeladen.

Vorgesehen ist im Wesentlichen die Verabschiedung von DRS 16 „Zwischenberichterstattung“ (Erörterung der wesentlichen Einwendungen zu E-DRS 21, Beschlussfassung).

(Quelle: www.dsrc.de)

Wirtschaftsprüfung

Wir werten für Sie die Homepages von IDW, WPK, APAK, IFAC, AICPA, PCAOB, EU und FEE aus.

IDW: Stellungnahmen zum Fortschrittsbericht der SEC zur Finanzberichterstattung

In einem Schreiben an die Securities and Exchange Commission (SEC) vom 26.3.2008 äußert sich das IDW zum Progress Report of the SEC Advisory Committee on Improvements to Financial Reporting. In diesem Zusammenhang verweist das IDW auf seine Veröffentlichung: „Additional Issues in Relation to a Conceptual Framework for Financial Reporting“.

(Quelle: www.idw.de)

➔ *Im BB-Nachrichtenüberblick unter www.betriebs-berater.de werden Sie direkt auf alle angelegenen Dokumente verlinkt.*